

HANNS-SEIDEL-STIFTUNG E.V.

BERICHTE AUS DEM AUSLAND
2 / 2008

Politischer Bericht aus Brüssel

„Das Kosovo - der jüngste Staat der Welt“

Die Unabhängigkeit des Kosovo und Auswirkungen auf die internationale Staatengemeinschaft

18. Februar 2008

Hanns Bühler / Markus Russ
Verbindungsstelle Brüssel



Herausgeber:

**Büro für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau/
Internationale Konferenzen
Verantwortlich: Ludwig Mailinger**

Adresse:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstr. 33
80636 München
Tel.: +89 1258-202 oder -204
Fax: +89 1258-368
E-Mail: mailing@hss.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Das Kosovo - der jüngste Staat der Welt

Die Unabhängigkeit des Kosovo und ihre Auswirkungen auf die internationale Staatengemeinschaft

In Europas Südosten existiert ein neuer Staat. Am Sonntag, den 17. Februar 2008, beschloss das Parlament in Pristina die Unabhängigkeit des Kosovo. Damit löst der Kleinstaat Kosovo Osttimor als jüngsten Staat der Erde ab. Alle 109 anwesenden Abgeordneten stimmten für die Unabhängigkeitsresolution. Elf Parlamentarier, darunter alle Vertreter der serbischen Minderheit, boykottierten die Abstimmung. Die Kosovo-Albaner feiern in ihrer Heimat ebenso wie in vielen europäischen Städten die lang ersehnte Unabhängigkeit. Nach friedlichen Demonstrationen in den 80er Jahren, dem Aufbau eines albanischen Parallelsystems in Schulen und Verwaltungen und schließlich nach dem Bürgerkrieg in den 90er Jahren geht für viele ein Traum in Erfüllung.

Bereits am Montag begann Kosovos Kampagne zur weltweiten völkerrechtlichen Anerkennung als selbstständiger Staat. Ministerpräsident Hashim Thaci verschickte 192 Briefe an die Regierungen in der ganzen Welt, in denen er um die Anerkennung des neuen, bis auf weiteres eingeschränkt souveränen Staates bat. Die einseitige Unabhängigkeitserklärung stößt jedoch nicht überall auf Zustimmung. Denn etliche Länder werden seinem Wunsch nicht nachkommen.

Serbien verweigert die Anerkennung

Bisher war das etwa zu 90% von ethnischen Albanern bewohnte Kosovo eine Provinz Serbiens und stand seit 1999 unter UN-Verwaltung. Serbien sieht in der im Jahr 1999 im UN-Sicherheitsrat verabschiedeten Resolution 1244 einen eindeutigen Beleg für seinen dauerhaften Anspruch auf das Kosovo. Diese hatte die Grundlage für die internationale Intervention im Kosovo gelegt und bezeichnet laut dem serbischen Präsidenten Boris Tadic das Kosovo als „integralen Bestandteil“ seines Landes. Folglich wird von serbischer Seite die Unabhängigkeitserklärung als Bruch des Völkerrechts gewertet. Der Präsident betonte mehrmals, dass Serbien die Anerkennung eines unabhängigen Kosovo verweigert, jedoch nicht mit Waffengewalt auf diese reagieren wird.

Die serbische Regierung hat die politische Führung im Kosovo wegen der „Ausrufung eines unrechtmäßigen Staates auf serbischem Territorium“ des Hochverrats beschuldigt. Präsident Fatmir Sejdu, Ministerpräsident Thaci und der Parlamentsvorsitzende Jakub Krasniqi hätten mit der Unabhängigkeitserklärung „eine schwere kriminelle Handlung gegen die verfassungsgemäße Ordnung und die Sicherheit Serbiens“ begangen, so das serbische Innenministerium.

Während in den Stunden nach der Unabhängigkeitserklärung keine Zwischenfälle zu verzeichnen waren, kam es gegen Abend des 17. Februars zu Ausschreitungen in Mitrovica. In der Hochburg der serbischen Minderheit des Kosovo hatten Unbekannte Gebäude der EU und der UNO mit Handgranaten beworfen. Auch die US-Botschaft in Belgrad war Ziel von bis zu 2000 serbischen Steinewerfern. Bei Zusammenstößen von serbischen Nationalisten mit der Polizei sollen 30 Menschen verletzt worden sein. Die 100 000 Kosovo-Serben sehen die Unabhängigkeitserklärung als Kampfansage. Die serbische Minderheit wird sich der provisorischen kosovarischen Regierung nicht unterordnen und auf absehbare Zeit die Institutionen des neuen Staates nicht anerkennen. Das neue Zeitalter im Kosovo beginnt also mit einer schweren Hypothek.

Keine Einigung im Sicherheitsrat

Serbiens Forderung nach Nichtanerkennung des Kosovo trifft bei Russland und China auf Unterstützung im Weltsicherheitsrat. Beide Länder befürchten, die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo könnte zum Präzedenzfall werden und den separatistischen Bewegungen wie z.B. in Tibet, in der Region Xinjiang oder in Tschetschenien Auftrieb verleihen. In der am Montag, den 18. Februar 2008, einberufenen Dringlichkeitssitzung des Weltsicherheitsrats konnte keine Einigung über die Anerkennung des Kosovo erzielt werden. Russland bekräftigte nach dem Treffen, dass die Unabhängigkeitserklärung rechtswidrig sei und zurückgewiesen werden müsse. Interfax berichtet, dass das russische Parlament eine offizielle Verurteilung der Unabhängigkeitserklärung vorbereitet. Die verbleibenden drei ständigen Sicherheitsratsmitglieder, die Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien, befürworten die Unabhängigkeit.

Die Rechtsstaatsmission *Eulex* der Europäischen Union

Uneinigkeit über die Anerkennung des Kosovo als souveräner Staat herrscht nicht nur im Sicherheitsrat, sondern auch unter den 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Auf Grund der Disharmonie hat die EU bereits einen Tag vor der Unabhängigkeitserklärung der Entsendung von rund 1800 Beamten, darunter Polizisten, Richtern, Zollbeamten, Justizvollzugsbeamten und Verwaltungsexperten in das Kosovo zugestimmt. Damit soll der Eindruck vermieden werden, die Mission „Eulex“ sei schon eine Art gesamteuropäische Anerkennung. Eulex stellt die bis dato größte zivile Krisenmission im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) dar. Falls nötig, ist eine Aufstockung auf 2200 Personen vorgesehen. Deutschland stellt das größte Kontingent vor Italien. Die Gesamtzahl deutscher Beamter steht wegen der laufenden Ausschreibung noch nicht fest. Eine Unterstützung der Mission durch kosovarische Beamte ist vorgesehen.

Eulex soll den Aufbau rechtsstaatlicher Institutionen im Kosovo unterstützen, insbesondere den Aufbau von Polizei und Gerichtsbarkeit. Anders als bisherige zivile EU-Missionen sollen die Beamten von Eulex auch exekutive Kompetenzen erhalten. So kann das Eulex-Personal in den Bereichen Terrorismus, Organisierte Kriminalität, Korruption, interethnische Übergriffe, Wirtschaftskriminalität und andere schwere Verbrechen unabhängig von den kosovarischen Institutionen agieren. Mit dem Transfer der Autorität von der Mission der Vereinten Nationen UNMIK auf Eulex wird die operationale Phase der europäischen Mission beginnen. Zunächst ist eine Laufzeit von 28 Monaten veranschlagt. Die Vorbereitung des Einsatzes soll innerhalb von 120 Tagen abgeschlossen sein, heißt es im EU-Aktionsplan. Die ersten 15 Mitglieder der Rechtsstaatsmission sollen aber schon vor Ende Februar in Pristina eintreffen. Der französische Ex-General und ehemalige KFOR-Kommandeur Yves de Kermabon wurde zum Leiter der Mission berufen. Politische Beratung erhält er vom EU-Sondergesandten für das Kosovo (EUSR), Pieter Feith. Der niederländische Diplomat wird auch die Leitung des International Civilian Office (ICO) übernehmen, einer Art politischen Vertretung der internationalen Gemeinschaft im Kosovo. Für die ersten 16 Monate sind im EU-Haushalt 205 Millionen Euro eingeplant. Der gemeinsame europäische Einsatz im Kosovo darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die EU-Mitgliedsstaaten über die völkerrechtliche Anerkennung des Kosovos zerstritten sind.

Zähes Ringen im Ministerrat

Nach stundenlangen, zähen Verhandlungen im Rat für Allgemeine Angelegenheiten einigten sich die europäischen Außenminister am 18. Februar 2008 auf eine stark abgeschwächte Erklärung zur Unabhängigkeit des Kosovo. Das diplomatische „Meisterwerk“ versucht mit eleganten Formulierungen das zu vertuschen, was jedem Laien beim Überfliegen des nicht einmal 25 Zeilen langen Statements sofort klar wird: Die EU-Mitgliedstaaten können sich über die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo nicht einigen.

Kategorische Gegner der Unabhängigkeit wie Spanien und Zypern blockierten eine gesamteuropäische Einigung. Auch Griechenland, Slowakei, Bulgarien und Rumänien stehen der Unabhängigkeit ablehnend gegenüber. Im Kompromisstext der slowenischen Ratspräsidentschaft heißt es, dass alle „Mitgliedsstaaten in Übereinstimmung mit der nationalen Praxis und dem internationalen Recht über ihre Beziehungen zum Kosovo entscheiden“. Die Brüsseler Lösung überlässt es somit jedem Staat selbst, das Kosovo anzuerkennen oder nicht.

Spanien als Wortführer der europäischen Gegner einer Unabhängigkeit, wird die Anerkennung verweigern. Regierungschef Zapatero und Außenminister Moratinos haben mehrmals bekräftigt, dass sie gegen die unilaterale Unabhängigkeitserklärung sind. Jede einseitige Staatsgründung in Europa ist für ein Land wie Spanien eine unbequeme Angelegenheit. Denn auch im Baskenland oder in Katalonien gibt es separatistische Bewegungen. Spanien hält die Unabhängigkeitserklärung für völkerrechtswidrig und daher illegal. Ähnliches gilt für

die bereits erwähnten Gegner einer unilateralen Staatengründung. Die Länder befürchten bei ihren eigenen Minderheiten einen gefährlichen Dominoeffekt. Zwar wird aus Diplomatens-Kreisen immer wieder betont, das Kosovo sei ein Fall „sui generis“, was Separatisten in anderen europäischen Ländern wohl recht wenig interessieren dürfte.

Als erstes europäisches Land erkannte Frankreich die Unabhängigkeit des neuen Kleinstaats an, gefolgt von Großbritannien. Kurz zuvor hatte Afghanistan als weltweit erstes Land das Kosovo als unabhängigen Staat anerkannt. Condoleezza Rice bestätigte, dass die Vereinigten Staaten ebenfalls zustimmen. Deutschland wird wohl bald nachziehen.

Die serbische Regierung hat bereits auf die Anerkennung des Kosovo durch Frankreich, Großbritannien und die USA mit dem sofortigen Abzug ihrer Botschafter reagiert.

Ausblick

Die angesprochenen Unruhen werden die Sicherheitskräfte unter Federführung der 17.000 Mann starken Kosovo-Truppe der NATO (KFOR) sicher unter Kontrolle bekommen – die Truppe steht in höchster Alarmbereitschaft.

Die tatsächlichen Probleme des Kosovo und der Europäischen Union sind eher politischer und wirtschaftlicher Natur. Für das Kosovo selbst beginnen mit der Unabhängigkeit die eigentlichen Probleme. Zuerst muss die Region mit der Blockade Serbiens fertig werden. Die Verknappung von Lebensmitteln und die Sperrung von Zufahrtsstraßen von und aus Serbien dürfte die bereits miserable Lebenssituation vieler Kosovo-Albaner weiter verschlechtern.

Der Konflikt mit Moskau wird die Beziehungen EU-Russland weiter belasten. Russland könnte als Vergeltungsmaßnahme die Loslösungsbestrebungen der Republika Srpska von Bosnien-Herzegowina und der an der russischen Grenze liegenden abtrünnigen georgischen Gebiete Abchasien und Südossetien unterstützen, womit der von vielen Akteuren befürchtete Dominoeffekt zur Realität würde. Daher muss die EU sowohl mit der politischen Führung des Kosovo auf der einen als auch mit Serben und Russen auf der anderen Seite weiter über mögliche Schritte zur Lösung des Dilemmas verhandeln. Serbien darf unter dem europafreundlichen Präsidenten Tadic nicht dem Einfluss der Europäer vollends entgleiten. Ferner muss es der EU gelingen, mit Russland als wichtigem Faktor für Sicherheit und Stabilität in Südosteuropa weiter im Gespräch zu bleiben.

Inwieweit die Eulex-Mission es fertig bringt, im Kosovo einen Rechtsstaat aufzubauen und die weit verbreiteten „Krebsgeschwüre“ wie z.B. Korruption, Kriminalität und Vetternwirtschaft einzudämmen oder gar nachhaltig heilen zu können, wird die Zukunft zeigen. Bis heute ist das Kosovo Dreh- und Angelpunkt europäischer Kriminalität geblieben, trotz jahrelanger finanzieller und personeller Unterstützung aus Europa. Die wirtschaftliche und politische Erholung des Kleinstaates ist ohne europäische Hilfe jedoch nicht zu schaffen. Zur „Gretchenfrage“ für die Europäer könnte es werden, wenn dereinst alle Albaner den Zusam-

menschluss in einem Staat anstreben sollten. Groß-Albanien könnte dann mit einer Bevölkerungsanzahl von bis zu sechs Millionen zu einem bedeutenden Faktor auf der Balkanhalbinsel werden. Ein zügiger Beitritt des Kosovo und Albaniens in die EU würde dies wohl verhindern. Doch darf man auch nicht die negativen Folgen weiterer staatlicher Aufsplitterung unterschätzen, die dadurch entstehen kann, dass sich immer mehr ethnisch einheitliche Kleinstaaten von den bisherigen Nationalstaaten abspalten wollen und dabei auf den Präzedenzfall Kosovo berufen. Das Kosovo ist bereits der siebte Staat, der aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangen ist.

Wünschenswert wäre eine zügige Klärung der Statusfrage des Kosovo. Ein Kosovo im Schwebezustand wird die Sicherheit, Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region hemmen, so Außenminister Steinmeier. Das Beispiel Kosovo zeigt, wie umfassend und vielschichtig die europäische Außenpolitik gefordert ist. Von einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) kann in diesem Fall jedoch keine Rede sein.

Hanns Bühler studiert European Studies an der Universität Tübingen und ist zur Zeit Praktikant in der Verbindungsstelle Brüssel